

Vorlage Nr. 230407

Federf. Stadamt: Büro der Bürgermeisterin

Vorlage für den	Berichterstatter:in	Zuständigkeit	Sitzung am	Punkt
Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschuss	Bürgermeisterin Weist	Kenntnisnahme	04.09.2023	5a

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen im Hotel Van der Valk

- Sachstandsbericht -

Begründung:

In der Sitzung am 15. Juni 2023 hat der Rat der Stadt Gladbeck mit dem einstimmigen Beschluss das Land NRW und die Bezirksregierung Münster aufgefordert, die Planungen für eine Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) im Hotel Van der Valk einzustellen.

Der aktuelle Sachstand stellt sich wie folgt dar:

- Mit Schreiben vom 27. Juni 2023 wurde die Forderung des Rates der Stadt Gladbeck an Herrn Staatssekretär Lorenz Bahr vom Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW und an Herrn Regierungspräsidenten Andreas Bothe weitergeleitet.
- Persönliches Vier-Augen-Gespräch von Bürgermeisterin Weist mit Regierungspräsident Bothe am 29. Juni 2023 (auf Initiative der Bürgermeisterin), in dem noch einmal die Gründe für die Ablehnung der Stadt Gladbeck – insbesondere mit Blick auf die Sozialdaten der Stadt – erläutert wurden.
- Mit Schreiben vom 26. Juli 2023, hier eingegangen am 03. August 2023, teilt das Ministerium stellvertretend für Staatssekretär Bahr mit, dass die Bezirksregierung Münster die Verhandlungen mit der Van der Valk GmbH fortsetzt und die Stadt

Mitzeichnungen					
Bürgermeisterin:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerin/Beigeordnete:	Beigeordnete:	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:
_____	_____	_____	_____	_____	_____

Gladbeck zu gegebener Zeit über die weiteren Entwicklungen und Planungen informiert wird.

- In einem Telefonat mit Regierungspräsident Bothe am 08. August 2023 teilt Bürgermeisterin Weist ihre Überraschung und Enttäuschung zum Schreiben des Landes mit. Dies vor dem Hintergrund der Zusage von Staatssekretär Bahr in der Ratssitzung am 15. Juni 2023, dass die Stadt Gladbeck bei weiteren Planungen, die das Land unternimmt, mit am Tisch sitzen wird.
- Presseöffentliche Ankündigung am 17. August 2023, dass die Stadt Gladbeck aufgrund des Ergebnisses einer beauftragten externen juristischen Prüfung dem Rat der Stadt Gladbeck in der Sitzung am 07. September 2023 einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan einschließlich einer Veränderungssperre vorschlagen werde.

Über weitere aktuelle Entwicklungen wird mündlich in der Sitzung berichtet. Darüber hinaus wird Herr Prof. Dr. Olaf Bishopink von der Kanzlei Baumeister Rechtsanwälte das Ergebnis seiner bau- und planungsrechtlichen Prüfungen erläutern.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen: zur Verfügung nicht zur Verfügung

Klimarelevante Auswirkungen:

- keine wesentliche Klimarelevanz**
Die Durchführung der Haupt- und Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).
- keine negative oder eine positive Klimawirkung**
Die Durchführung der Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).
- eine negative Klimawirkung**
Die Alternativenprüfung wurde durchgeführt und das Prüfungsergebnis ist als Anlage beigefügt.

Beschlussentwurf:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Bürgermeisterin



- Bettina Weist -

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: